

Ordnung für die Verfügung über finanzieller Mittel sowie für den Zahlungsverkehr im Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

(Beschluss des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern vom 7. November 2009)

Grundlage dieser Ordnung ist:

- Finanzordnung der Partei DIE LINKE
- Landesfinanzordnung der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
- Buchhaltungsrichtlinie der Partei DIE LINKE

1. Grundsätze der Verfügung über finanzielle Mittel

1.1.

Über finanzielle Mittel des Landesvorstandes darf grundsätzlich nur auf der Grundlage bestätigter Finanzpläne verfügt werden. Im Rahmen des von Landesvorstand und Landesausschuss beschlossenen Jahresfinanzplanes sind für alle Maßnahmen, wie Veranstaltungen, Tagungen, Konferenzen und Beratungen, Herstellung von Publikationen, Flugblättern und anderen Materialien grundsätzlich Finanzpläne zu erarbeiten. Diese sind dem Landesvorstandes bzw. der Landesschatzmeisterin vor Durchführung der Maßnahme zur Bestätigung vorzulegen.

1.2.

Die Erteilung von Aufträgen für Anschaffungen oder Leistungen aller Art sowie der Abschluss von Verträgen mit finanziellen Konsequenzen ist nur auf der Grundlage bestätigter Finanzpläne zulässig.

1.3.

Notwendige Ausgaben, die der Finanzplan nicht vorsieht, sind bei der Landesschatzmeisterin zu beantragen. Jegliche Auftragserteilungen oder Vertragsabschlüsse außerhalb bestätigter Finanzpläne bedürfen der vorherigen Bestätigung durch den Landesvorstand bzw. die Landesschatzmeisterin.

1.4.

Die Einnahmen und Ausgaben des Landesvorstandes werden nach Kostenstellen geplant und ausgewiesen, die sich aus der Struktur des Landesverbandes ergeben. Durch den Bereich Finanzen wird monatlich eine Plan-Ist-Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben vorgenommen, die die Landesschatzmeisterin mindestens vierteljährlich dem Landesvorstand zur Information vorlegt.

2. Berechtigung zur sachlichen Richtigzeichnung von Zahlungsbelegen bzw. Bestätigung von Ausgaben

2.1.

Zur sachlichen Richtigzeichnung von Belegen sind für den Landesvorstand, die Landesgeschäftsstelle und die landesweiten Zusammenschlüsse zwei Zeichnungsberechtigte (Landesgeschäftsführer, Sprecher/in, verantwortliche/r Mitarbeiter/in) festzulegen. Diese Festlegungen sind dem Bereich Finanzen zusammen mit der Unterschriftsprobe vorzulegen. Mit der Unterschrift für die sachliche Richtigkeit wird die jeweilige Zahlung bestätigt. Damit wird die Verantwortung dafür übernommen, dass die in Rechnung gestellte bzw. abgerechnete Leistung tatsächlich erbracht wurde und die betreffende Ausgabe dem anzugebenden Verwendungszweck entspricht.

2.2.

Die Zeichnungsberechtigten dürfen nur in dem Umfang und für den Zweck über finanzielle Mittel verfügen, der

- in Beschlüssen des Landesvorstandes festgelegt ist,
- dem bestätigten Finanzplan entspricht oder
- auf gesonderten Antrag vom Landesvorsitzenden und von der Landesschatzmeisterin bis maximal 500 Euro bestätigt wurden.

3. Zahlungsanweisungen

3.1.

Nach sachlicher Richtigzeichnung von Zahlungsbelegen erfolgt die Zahlungsanweisung durch die Landesschatzmeisterin bzw. den Landesgeschäftsführer und die Mitarbeiterin des Bereiches Finanzen, sofern die Ausgabe im Rahmen des bestätigten Planes liegt bzw. durch den Vorstand oder die Schatzmeisterin bestätigt wurde.

3.2.

Alle Zahlungsaufträge sind mit Originalbelegen zu untersetzen. Ohne Belegnachweis der verausgabten Mittel werden Zahlungen nicht vorgenommen.

4. Zahlungsverkehr

4.1.

Der Zahlungsverkehr in der Landesgeschäftsstelle des Landesvorstandes und die Bankkonten sowie Bankgeschäfte werden ausschließlich in Verantwortung der Landesschatzmeisterin durch den Bereich Finanzen geführt. Bankvollmachten legen der Landesvorsitzende und die Landesschatzmeisterin fest. Bei Banküberweisungen haben immer zwei Zeichnungsberechtigte mit Bankvollmacht gemeinsam zu unterzeichnen.

4.2.

Für die Kasse des Landesvorstandes wird ein Kassenlimit in Höhe von 1.500,00 Euro festgelegt.

4.3.

Bargeldvorschüsse bzw. Abrechnungsbeträge für unbedingt erforderliche Barzahlungen, einschließlich Reisekostenvorschüsse, sind rechtzeitig unter Angabe des konkreten Verwendungszweckes zu beantragen. Sie sind innerhalb eines Monats mit Originalbelegen abzurechnen. Grundsätzlich sind Abrechnungsbeträge spätestens bis zum Jahresabschluss per 31.12. des Jahres abzurechnen bzw. aufzulösen.

5. Entgegennahme von Parteispenden

5.1.

Mitglieder des Landesvorstandes und Mitarbeiterinnen der Landesgeschäftsstelle, die Spenden an die Partei entgegennehmen, haben diese unverzüglich an die Landesschatzmeisterin weiterzuleiten bzw. in der Kasse des Landesvorstandes einzuzahlen. Dabei sind Name, Vorname und Anschrift der Spenderin bzw. des Spenders zu erfassen. Spenden gelten als von der Partei erlangt, wenn sie in den Verfügungsbereich der Landesschatzmeisterin oder einer hauptamtlichen Mitarbeiterin bzw. eines hauptamtlichen Mitarbeiters der Partei gelangt sind.

5.2.

Spenden mittels Bargeld dürfen nur bis zu einem Betrag von 1.000,00 Euro erfolgen. Diese Begrenzung gilt für die jeweilige annehmende Stelle pro Person und Jahr.

5.3.

Spenden, deren SpenderInnen nicht feststellbar sind (Tellersammlungen etc.), dürfen im Einzelfall den Betrag von 500,00 Euro nicht übersteigen.

6. Gehaltsfestlegung und -zahlung

6.1.

Gehaltseinstufungen bzw.- veränderungen für die Beschäftigten des Landesverbandes sind auf der Grundlage des gültigen Mantel- und Gehaltstarifvertrages vom Landesgeschäftsführer in Abstimmung mit der Landesschatzmeisterin vorzunehmen. Dabei sind die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes einzuhalten.

Gehaltseinstufungen und -veränderungen für gewählte Mitarbeiter/innen sowie leitende Angestellte werden auf Beschluss des Landesvorstandes vorgenommen.

6.2.

Grundlage für die ordnungsgemäße Gehaltsberechnung und -zahlung sind die für die Meldungen erforderlichen Daten im Bereich Finanzen der Landesgeschäftsstelle durch die Beschäftigten. Die Gehaltszahlung erfolgt jeweils bis zum Ende des laufenden Monats per Banküberweisung.

7. Schlussbestimmungen

Die Ordnung trifft mit sofortiger Wirkung in Kraft. Änderungen oder Ergänzungen bedürfen der Beschlussfassung durch den Landesvorstand. Die Landesschatzmeisterin ist berechtigt, weitere Festlegungen zur Durchsetzung dieser Ordnung zu treffen.